Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 40 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 61 — Sonnabend, den 13. März 1926 — 21. Jahrgang

Ein Mißtrauensantrag der Deutschnationalen gegen Dr. Külz

Berlin, 12. März. Die Fortsetzung der Aussprache über die Etatsrede des Reichsministers Dr. Külz brachte gestern zunächst nichts, was hätte ahnen lassen, daß sie einen dramatischen Abschluß haben würde. Es sprachen für ihre Parteien die Abgeordneten Professor Schreiber vom Zentrum, Prof. Goetz von den Demokraten und Prälat Leicht von der Bayrischen Volkspartei. Abgesehen davon, daß jeder von ihnen dem Standpunkt seiner Partei, wie selbstverständlich, in einzelnen Wünschen Ausdruck gab, waren ihre Ausführungen doch so gehalten, daß Minister Külz in seinem Schlußwort mit Recht darauf hinweisen konnte, daß Inhalt und Art der Reden deutlich zeige, einen wie weiten Weg in der inneren Konsolidierung wir seit den erregten Zeiten der ersten Nachkriegsjahre wieder zurückgelegt haben.

Eine Ausnahme hatte nur der letzte Redner, der völkische Abgeordnete Kube, gemacht. In seiner Kritik an allem und jedem begab er sich einmal auf das Gebiet preußischer und bayrischer Innenpolitik, ein andermal auf das Gebiet der Außenpolitik und warf den Sozialdemokraten vor, daß ihr Eintreten für die Südtiroler nur ihrem Haß gegen den Faschismus entspringe.

Der unmittelbare Anlaß zu dem, was folgte, war aber die Verlesung einer Kaiser-Geburtstagsrede, die der damalige Bürgermeister Dr. Külz vor Jahren gehalten. Gegen die Ausgrabung dieser Rede wandte sich Minister Külz in seinem Schlußwort. Niemals habe er seine frühere monarchistische Gesinnung geleugnet. Es sei aber eine Geschmacklosigkeit, ihm durch Vorhalten früherer Aeußerungen seine Staatsgesinnung und seine „derzeitige" republikanische Gesinnung diskreditieren zu wollen. In dem nun folgenden Lärm, während sich die Abgeordneten von rechts und links an die Rednertribüne drängen, fährt dann der Minister fort:

„Ich habe dem Kaiser ziemlich nahe gestanden. Aber wenn ein Kaiser, der von Millionen von Deutschen verlangt hat, daß sie ihr Leben einsetzen sollen für die Monarchie, in dem Augenblick, wo die Geschichte erstmalig von ihm selbst ein Einsetzen für den monarchischen Gedanken verlangt, nach Holland fährt, so ist das Band innerlich zerrissen. Das Grab der Monarchie wird von der Geschichte nicht auf deutschem Boden, sondern auf dem Wege nach Holland gesucht werden.

Ich könnte mir denken, daß der monarchische Gedanke eine Wiedergeburt erfahren hätte, wenn der Monarch gehandelt hätte etwa wie Friedrich der Große, der bei Torgau vom Morgen bis zum Abend, mit Blut und Dreck bespritzt, mit seinen Grenadieren kämpfte und dadurch die Monarchie rettete. Für mich liegt die Monarchie auf der Totenbahre.

Man kann Toten, wenn man Anlaß dazu hat, ein verehrungswürdiges Gedenken bewahren, aber die Arbeit gehört den Lebenden. Und leben geblieben ist das deutsche Volk und der deutsche Staat."

Diese Worte sind auf der Tribüne kaum zu verstehen, dann während die Linke in die Hände klatscht, rufen Völkische und Deutschnationale „Pfui" und stampfen unter lauten Zurufen, wie „republikanischer Demagoge", zum Sitzungssaal hinaus, während von sozialdemokratischer Seite ihnen der Ruf „Auf nach Holland" nachtönt. Der Minister ist zu Ende, und während die Rechte in den Saal zurückkommt, erteilt Vizepräsident Dr. Bell dem Grafen Westarp das Wort zur Geschäftsordnung. Er verliest folgenden Antrag:

„Die Auffassungen, die der Minister als derzeitiger Republikaner (Gelächter rechts) hier vorgetragen hat, nötigen uns zu folgendem Antrag: Der Herr Minister besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags."

Die Erschließung der englischen Archive.

Die britischen amtlichen Dokumente zum Kriegsursprung 1889—1914.

Die Mitteilung der britischen Regierung vom November 1924, daß sie sich entschlossen habe, die wichtigsten Aktenstücke ihrer Archive über den Ursprung des Krieges von 1914—1918 zu veröffentlichen, hat, im Hinblick auf das Problem der Kriegsschuldfrage größtes politisches Interesse erweckt. Es ist deshalb von erheblicher Wichtigkeit, über die dicht bevorstehende bedeutsame Publikation nähere Einzelheiten zu erfahren. Bemerkenswerterweise hat das britische Auswärtige Amt, anstatt den üblichen Weg zu wählen, seinen eigenen Briefwechsel unter Verantwortlichkeit des Staatsministeriums zu veröffentlichen, die Herausgabe ihrer Vorkriegsakten zwei hervorragenden unabhängigen Geschichtsschreibern übertragen, den Herren Dr. G. P. Gooch und Dr. Harold Temperley, die völlig freies Verfügungsrecht über das Dokumentenarchiv des britischen Auswärtigen Amtes erhalten haben. Die Vorarbeiten sind bereits weit gediehen, und es kann jetzt Genaueres über Umfang, Inhalt und Gliederung des Werkes mitgeteilt werden.

Das Werk wird insgesamt elf Bände umfassen, deren Inhalt folgendermaßen eingeteilt ist:

Band 1—2: 1889—1904 Der Uebergang zum „Kontinentalismus" mit Einschluß des englisch-japanischen Bündnisses;

Band 3—4: 1904—1906 Frankreich, Deutschland und Marokko;

Band 5—6: 1906—1909 Rußland und der Nahe Osten;

Band 7—8: 1906—1912 Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche;

Band 9: 1912—1913 Die Balkankriege;

Band 10: 1913—1914 Die letzten Friedensjahre;

Band 11: 1914 Der Ausbruch des Weltkrieges vom 28. Juni bis 4. August.

Diese elf Bände werden annähernd dem Zeitraum und dem Aktenmaterial der Bände 12—37 der großen Aktenpublikation des deutschen Auswärtigen Amtes entsprechen. Die englische Publikation wird sich aber insofern von der deutschen unterscheiden, als sie nicht im eigentlichen Sinne als „Erschließung der Archive" zu bezeichnen ist, sondern sich, entsprechend ihrem Haupttitel, besonders mit der Frage der Kriegsursachen beschäftigt. In allen Einzelheiten fest steht bereits Umfang und Stoffkreis des 11. Bandes, der sich mit den unmittelbar dem Kriegsausbruch vorangehenden Wochen, also der Zeit nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand, beschäftigt und der bereits im Frühjahr 1926 erscheinen wird. Dieser Band bildet eine Parallelerscheinung zu den im Jahre 1919 noch vor Beginn der großen Aktenpublikation erschienenen „Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch". Er umfaßt genau denselben Zeitraum, ist sich völlig abgeschlossen und wird deshalb von großer Bedeutung sein, weil er, wie die deutsche Publikation, alles veröffentlichen wird, was über die europäische Lage in den Archiven des britischen Auswärtigen Amtes an Material über die Zeit vom 28. Juni bis zum 4. August 1914 zu finden war. Andererseits stellt der Band nicht eine von der großen Gesamtpublikation unabhängige Veröffentlichung dar, wie die „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch" gegenüber der deutschen Großen Aktenpublikation, sondern er bildet einen Teil der englischen Gesamtpublikation, für die Dr. Gooch und Dr. Temperley verantwortlich zeichnen. Sie haben die Vorbereitung des Druckes dieses Bandes Herrn Headlam-Morley anvertraut, der im Britischen Auswärtigen Amt eine wichtige Position als „Gerichtlicher Sachverständiger" bekleidet.

Für die mit der Klärung der Kriegsursachen beschäftigten deutschen Kreise ist von Wichtigkeit, zu erfahren, daß auch eine deutsche Ausgabe des englischen Aktenwerkes bereits in Vorbereitung ist. Die Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin hat sich die ausschließlichen Rechte für die deutsche Uebersetzung gesichert und die Herausgabe dem bekannten Münchener Schriftsteller Hermann Lutz, der sich besonders mit dem Problem der Kriegsursachen beschäftigt, übertragen. Die deutsche Uebersetzung des 1. Bandes ist bereits in Bearbeitung und soll gleichzeitig mit der englischen Ausgabe erscheinen, die sich im Druck befindet und unmittelbar nach Ostern 1926 zur Veröffentlichung gelangen wird. Die deutsche Ausgabe führt den Titel „Die Britischen Amtlichen Dokumente zum Kriegsursprung 1889—1914".

Der Bayerische Landtag gegen den Völkischen Beobachter.

München, 11. März. Am Schluß der heutigen Plenarsitzung des Landtages gab Präsident Königbauer einen an ihn gerichteten Brief der sozialdemokratischen Landtagsfraktion bekannt, der sich mit einem Landtagsbericht des „Völkischen Beobachters" befaßt, in dem u. a. gesagt wird, „daß die Marxisten bei der Rede Streichers den Saal bis auf krüppelhafte Horcherposten verlassen haben." Da von der Sozialdemokratischen Fraktion nur der Senior des Hauses, der Nürnberger Abgeordnete Segitz, während der Rede Streichers auf seinem Platz geblieben war, bezieht der Brief der Fraktion die Ausdrucksweise des „Völkischen Beobachters" auf Segitz und bringt dies dem Präsidenten zur Kenntnis. Präsident Königbauer bemerkte dazu, daß eine solche Art von Berichterstattung fast als journalistische Verkommenheit zu bezeichnen sei; er ersuche die Presse, alles aufzubieten, um Derartiges zu vermeiden, denn das Ansehen der Presse stehe dabei auf dem Spiel. Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Buttmann erklärte, er kenne den Bericht des Völkischen Beobachters nicht, verurteile ihn aber aufs schärfste. Wie verlautet, wird die Organisation der Landtagsjournalisten zu der Angelegenheit Stellung nehmen.

Zur Frage des Anschlusses Mecklenburg-Schwerins an Preußen.

Schwerin, 11. März. Der Landtag nahm in zweiter Lesung den sozialdemokratischen, schon im Haushaltsausschuß mit Unterstützung eines Volksparteilers und eines Völkischen angenommenen Antrag an, daß das mecklenburgische Staatsministerium um eine Prüfung darüber zu ersuchen ist, ob und gegebenenfalls welche finanziellen Ersparnisse von einem Anschluß Mecklenburgs an Preußen zu erwarten seien.

Scharfe polizeiliche Maßnahmen gegen Ruhestörer in Berlin.

Berlin, 11. März. Im Hinblick auf die in der letzten Zeit fortgesetzten Störungen der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit durch radaulustige Elemente, darunter auch Angehörige des Roten Frontkämpferbundes und des Roten Jungsturms hat der Polizeipräsident angeordnet, daß die Schutzpolizei, gegebenenfalls unter vorübergehender Hintensetzung anderer Aufgaben, bis auf weiteres in besonderen Bereitschaften gehalten wird. Zahlreiche polizeiliche Streifen sollen ständig unterwegs sein. Gegen Zuwiderhandelnde und Ruhestörer soll mit rücksichtslosem Energie vorgegangen werden.

Eintragungen für das Volksbegehren in Berlin.

Berlin, 11. März. Am 10. März haben sich in Berlin 73895 Personen eingetragen, im ganzen erfolgten bisher 633121 Eintragungen.

Aufhebung der Weinsteuer im Reichstagsausschuß beschlossen.

Nach eingehender Debatte wurde in dem Reichstagsausschuß, der sich mit der Notlage der Winzer beschäftigte, mit 20 gegen eine Stimme beschlossen, die Aufhebung der Weinsteuer vorzuschlagen.

Ein Antrag zur Rückbesiedlung entvölkerter Gegenden.

Berlin, 11. März. Im Reichstage ist ein deutschnationaler Antrag eingegangen, der die Reichsregierung ersucht, zur durchgreifenden Abdämmung der Landflucht und zur Rückbesiedlung entvölkerter Gegenden einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen bestimmt wird: 1. Es wird eine Reichstreuhandstelle für ländliche Siedlung als Anstalt des öffentlichen Rechtes errichtet. Diese Anstalt hat den Zweck, die Verteilung von Reichsmitteln zur Förderung der ländlichen Siedlung zu überwachen. Der Anstalt sind von seiten des Reiches 120 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, deren Weitergabe durch die Rentenbank-Kreditanstalt erfolgt. 2. Die Mittel und die aufkommenden Zinsen sind als langfristige Kredite zu verwenden, insbesondere zur Sicherung eines größeren Landvorrates für Siedlungszwecke und zur Gewährung von Einrichtungskrediten für jährlich 6000 ländliche Siedlungsstellen unter besonderer Berücksichtigung von der Entdeutschungsgefahr bedrohter Landesteile auf die Dauer von mindestens fünf Jahren.

Ein Ehrenhain für die Gefallenen in Mitteldeutschland.

Berlin, 11. März. Der zur Vorbereitung des Nationaldenkmals für die Gefallenen im Weltkrieg vom Reichsrat gewählte Ausschuß hat heute unter Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. Külz der einmütigen Anregung der zu diesem Zweck vereinigten Frontkämpferverbände folgend beschlossen, die Errichtung eines Ehrenhaines für die Gefallenen und zwar in Mitteldeutschland vorzuschlagen. Der Reichskunstwart soll in Fühlungnahme mit den Verbänden und unter Hinzuziehung von Sachverständigen dem Ausschuß mit möglichster Beschleunigung Vorschläge über den Ort des Ehrenhaines und die Art seiner Ausgestaltung machen.